

«Warum verkaufen sie unsere Ressourcen während wir Hunger leiden? »

Kampf um Land und Gerechtigkeit – Interview mit Irene Ramirez von der ACVC

Irene Ramirez ist Vorstandsmitglied der Bauernvereinigung des Cimitarra-Tals in Kolumbien (ACVC). Ungeachtet der regelmässigen Einschüchterungen und Bedrohungen kämpft sie in der konfliktiven Region Magdalena Medio im Zentrum Kolumbiens für die Menschenrechte.

Irene, wie bist du zur ACVC gekommen?

Ich bin in der Region des Cimitarra-Flusses geboren und aufgewachsen. Ich habe mein ganzes Leben in dieser Bauerngemeinde verbracht. Mein Vater kam als intern Vertriebener in den Sechziger Jahren in diese Region. Ich habe keine Schulbildung, denn in dieser Region gibt es keinen Zugang zu Bildung und Gesundheit. Seit jeher arbeite ich auf dem Land. An einer Gemeinderatsversammlung entstand die Idee einer Bauernvereinigung, welche die ganze Bauernschaft umfassen sollte. 1997 gründeten wir die ACVC. In diesen dreizehn Jahren haben wir viel durchgemacht und gemeinsam gelernt. Heute haben wir ausreichend Expertise, um Kurse zu verschiedenen Themen, die für die Stärkung der Bauern wichtig sind, durchzuführen.

Mit welchen Mitteln versucht ihr, eure Ziele zu erreichen? Wie fördert die ACVC die Frauen in der Region?

Wir arbeiten mit zahlreichen Organisationen zusammen, beispielsweise mit solchen, die sich um die von den nationalen Sicherheitskräften, dem Paramilitär oder grossen Rohstoffkonzernen intern Vertrieben kümmern. Durch die Zusammenarbeit kommen wir unseren Zielen näher.

Die ACVC will die Einhaltung der Menschenrechte auch über politische Advocacy-Arbeit voran treiben. Wir versuchen mit der Regierung zusammen zu arbeiten, einen Dialog aufrecht zu erhalten, zu verhandeln.

Die Organisation ist für Männer und Frauen, die sich für ihre Region einsetzen, gleichermassen da. Es gibt viele Projekte, die von Frauen geleitet werden. Ein Beispiel sind die Bäckereien. Der Zugang zur Bildung für die Jungen wird laufend verbessert. Das trägt dazu bei, dass die alten Traditionen, wonach die Frauen stets die unbedeutende Arbeit verrichten, hinterfragt werden.

Seit 1998 engagiert sich die ACVC für die Schaffung eines Bauernreservates, um die Lebensgrundlage der Bauern zu schützen. Die Bauern suchen Schutz vor Zwangsvertreibungen und Umsiedlungen, denen sie aufgrund des bewaffneten Konfliktes und der Megaprojekte internationaler Rohstofffirmen ausgesetzt sind. Die Region ist nicht nur ein ideales Rückzuggebiet für bewaffnete Gruppen, sondern – zum Leidwesen der ansässigen Bauern – ebenso reich an Ressourcen wie Öl, Gold, Wald und Wasser. Ein Reservat sollte die Landrechte der Bauerngemeinden sicherstellen, eine sinnvolle Nutzung der Rohstoffe erlauben und Schutz bieten vor willkürlichen Umsiedlungen.

Welches sind die grössten Herausforderungen für die Bauern des Cimitarra-Tals? Warum werden die Bauern vertrieben?

Eine grosse Hürde ist, dass unsere Region keinen Zugang zu Bildung und zu einem funktionierenden Gesundheitssystem hat. Kommt hinzu, dass verschiedene bewaffnete Akteure, darunter die staatlichen Sicherheitskräfte, die ganze Region kontrollieren. Wir mussten schon viele Tote beklagen und vermuten, dass sie umgebracht wurden, weil sie Rechte für die Bauern forderten, weil sie etwas verändern wollten. Auf unsere Forderungen erhalten wir stets dieselbe Antwort: Vertreibungen, Massaker, Drohungen.

Wenn wir wirklich etwas für die Kleinbauern und für die Nachhaltigkeit des Landes bewegen wollen, müssen wir sehr stark sein. Die in der Region operierenden multinationalen Unternehmen haben viel Macht. Sie bauen Rohstoffe wie Öl und Gold ab und holzen für den Palmölanbau den Wald ab.

Die ACVC kämpft für ein Bauernreservat. Was will mit diesem Schutzgebiet erreicht werden? Warum ist es bisher nicht umgesetzt worden?

Unser Kampf für ein Bauernreservat dauert schon über dreissig Jahre. In den 70er Jahren kam es vermehrt zu schlimmen Massakern in der Region. Bewaffnete Akteure zündeten unsere Häuser an. Da wurden uns bewusst, dass wir uns organisieren mussten, um diesen Gefahren wirksamer entgegen treten zu können.

Ein Bauernreservat bedeutete einen rechtlichen Schutz für die Bauernschaft. Das Bauernreservat wird juristisch gesehen durch das Gesetz 160 von 1994 begründet. Am 10. Dezember 2002 hat die Regierung Uribes dieses gesetzliche Konzept mit Hilfe des Agrarreforminstituts (INCORA, heute

INCODER) in Kraft gesetzt, um die Agrarreform voranzutreiben. Am 10. April 2003, knapp 3 Monate später, wurde es wieder aufgehoben.

Wir vermuten, dass das Militär sich gegen das Reservat aussprach. Wir wurden als Guerilleros gebrandmarkt, um uns die Legitimität abzusprechen.

Die AktivistInnen des Cimitarra-Tales leben gefährlich: Drohungen, Einschüchterungen und willkürliche Anschuldigungen sind ihr täglich Brot. Unzählige Mitglieder der ACVC sind über die Jahre umgebracht worden oder «verschwunden». Wie viele andere Menschen, die sich in Kolumbien für die Menschenrechte einsetzen, werden ihre Führungspersonen beschuldigt, Kollaborateure der Guerilla zu sein. Unter diesem Vorwand werden sie inhaftiert, was ihre Arbeit nachhaltig beeinträchtigt und nicht zuletzt delegitimiert

Wie hat sich die Situation für ACVC in den letzten Jahren verändert, ist das Risiko und die Gefahr gestiegen?

Fünf unserer Mitglieder wurden in den Jahren zwischen 2004 und 2007 von Angehörigen des Militärs umgebracht und als im Kampf gefallene Guerilleros deklariert, um die Hinrichtungen zu rechtfertigen. Im Jahr 2007 kam es dann zu achtzehn Haftbefehlen gegen unsere Mitglieder, vier davon wurden eingesperrt, ein halbes Jahr später nochmals zwei. Der dreiundzwanzigjährige Sohn des einen Verhafteten wurde einige Tage später vom Militär umgebracht und als im Kampf gefallener Guerillero präsentiert. Das war sehr hart für uns und wir haben immer gesagt, dass die Situation zäher geworden ist seit der Präsidentschaft Uribes.

Aber wir fordern weiterhin die Aufklärung der aussergerichtlichen Hinrichtungen, denn die Angehörigen haben ein Recht auf Wahrheit und Wiedergutmachung.

Die Haftbefehle – auch wenn sie sich hinterher als unbegründet herausgestellt haben – schaden dem Ruf der Organisation. Spürt ihr, dass bei den Organisationen, mit denen ihr zusammenarbeitet und bei der internationalen Gemeinschaft an der Legitimität der Arbeit der ACVC Zweifel aufkommen?

Nein, Zweifel an der Glaubwürdigkeit unserer Organisation haben wir nie gespürt, von keiner Seite her. Die Unterstützung der lokalen Bevölkerung sowie anderer sozialer Organisationen hat uns in der Zeit der zahlreichen Verhaftungen und politischen Verleumdungen sehr geholfen: Lokale und

internationale Organisationen geben uns Schutzbegleitung und ermöglichen so die Weiterführung unserer Projekte und Kurse. Obwohl verschiedene Akteure auf uns Druck ausüben, versuchen wir weiterhin stark zu bleiben. Besuche ausserhalb des Landes sind für unsere Stärkung sehr wichtig: Sie sind die einzige Möglichkeit, der Zivilgesellschaft in anderen Ländern aus unserer Sicht von unserer Situation zu erzählen und so eine Gegenmeinung zur offiziellen Darstellung zu bilden.

Was hat sich für die Arbeit von ACVC verändert seit der Zusammenarbeit mit PBI?

Die Schutzbegleitung hat uns geholfen, die Arbeit auch in den abgelegenen Regionen sicher zu stellen. Die Begleitung gibt unserer Arbeit auch eine gewisse Legitimität, was im Kontext der Kriminalisierungen bedeutend ist. Der Druck seitens der Regierung ist stark und die bewaffneten Akteure bedrohen uns, deswegen ist es wichtig, dass es in der Region eine starke internationale Präsenz gibt.